

AKTUELL

WASSERQUALITÄT IN EUROPA

Ewigkeitschemikalien

Joël Adami

Ein Bericht der europäischen Umweltagentur zeigt, dass überall in Europa Gewässer mit Ewigkeitschemikalien belastet sind. Doch die Daten sind ebenso lückenhaft wie die Gesetze zu Grenzwerten.

Die Verschmutzung von Gewässern mit Ewigkeitschemikalien wird immer mehr zum Thema. So veröffentlichte die europäische Umweltagentur (EEA) Anfang dieser Woche ihren ersten Bericht zum Stand der Verschmutzung mit per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS). Es handelt sich bei PFAS um eine große Stoffgruppe, die lange in der Umwelt verbleibt, weswegen sie oft als Ewigkeitschemikalien bezeichnet werden. Es besteht der Verdacht, dass manche PFAS krebserregend sind oder andere Krankheiten, wie zum Beispiel eine Schädigung des Reproduktionssystems, verursachen.

Die EEA legte in ihrem Bericht einen besonderen Fokus auf Perfluorotansulfonsäure (PFOS), die auch zur Stoffgruppe der PFAS gehört und seit 2021 als „prioritärer Stoff“ im Sinne der EU-Wasserrahmenrichtlinie gilt. Damit müssen die Mitgliedsstaaten PFOS im Wasser messen und darüber berichten. Die Zahlen sind erschreckend: 2022 wurde der Schwellwert für PFOS bei 73 Prozent der Messungen von Küstengewässern überschritten. In den letzten fünf Jahren war dies bei 50 bis 60 Prozent der Messungen von Fließgewässern ebenfalls der Fall. Auch Seen sind belastet: So wurde bei 35 Prozent der Messungen eine Überschreitung des PFOS-Grenzwertes festgestellt.

Besonders belastet waren die Gewässer in Belgien und Frankreich: alle Messungen lagen hier über dem Grenzwert. In den Niederlanden waren es 96 Prozent, in Deutschland 83. Weniger stark belastet sind Spanien (18 Prozent), Irland (6 Prozent), Kroatien (5 Prozent) und Estland (2 Prozent). In Bulgarien, Litauen und Montenegro wurden keine Überschreitungen der Grenzwerte festgestellt. Da für Grundwasser noch keine EU-Grenzwerte festgelegt wurden, liegen hier nur für einige wenige Länder Daten vor, diese sind allerdings etwas erfreulicher: Zwischen 2018 und 2022 hat die Konzentration von PFOS im EU-Grundwasser abgenommen. Allerdings warnt die EEA, daraus voreilige Schlüsse zu ziehen, denn noch gibt es zu wenig Daten, die diesen Trend tatsächlich bestätigen.

Der Bericht der EEA zeigt kleinerlei Daten aus Luxemburg. Diese wurden also nicht übermittelt. Gemessen werden PFAS, insbesondere Trifluoressigsäure (TFA), hierzulande schon, jedoch noch nicht systematisch. Als am

14. Oktober in der Umweltkommission des Parlaments über Ewigkeitschemikalien diskutiert wurde, erklärte ein Beamter des Umweltministeriums, die Messmethode der Wasserverwaltung werde Ende Dezember akkreditiert. Künftig soll die Öffentlichkeit dann auch von offizieller Seite informiert werden, wie hoch die PFAS-Belastung des luxemburgischen Grund-, Oberflächen- und Trinkwassers ist. Umweltminister Serge Wilmes (CSV) erklärte, dass eine interministerielle Arbeitsgruppe mit dem Thema beschäftigt sei, und „eventuell schon im Dezember“ konkrete Maßnahmen präsentiere. Die Umweltorganisation „Mouvement écologique“ hatte im Mai Resultate von Analysen zweier Luxemburger Gewässer präsentiert, die eine Belastung mit Ewigkeitschemikalien nachgewiesen hatten (woxx 1789). Auch in europäischen Mineralwässern, darunter ein Luxemburger Quellwasser, wurde TFA entdeckt, wie der Méco Anfang Dezember verkündete (woxx 1815).

Grenzwerte und Verbote lassen auf sich warten

Auf europäischer Ebene gibt es zwei unterschiedliche legislative Rahmen, die sich mit PFAS beschäftigen: die Trinkwasserrichtlinie und die Wasserrahmenrichtlinie. 2020 wurde die neuste Fassung der Trinkwasserrichtlinie angenommen. Diese besagt, dass die Mitgliedsstaaten ab 2026 die PFAS-Konzentration messen müssen. Die festgelegten Werte sind allerdings bereits veraltet. Sie entsprächen nicht den neusten Erkenntnissen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit über die Giftigkeit von vier PFAS, so die EEA in ihrem Bericht. Die EU-Kommission gab 2023 eine wissenschaftliche Analyse über die Risiken, die PFAS für die menschliche Gesundheit darstellen, bei der Weltgesundheitsorganisation in Auftrag. Die Resultate werden eventuell in neue Grenzwerte für Trinkwasser münden.

Bezüglich der Oberflächenwasser schlug die EU-Kommission im Oktober 2022 Qualitätsstandards für insgesamt 24 PFAS, darunter auch PFOS, vor. Diese werden vom Europäischen Parlament und Rat diskutiert, wobei es bisher noch keine Einigung gab. Allerdings hat die EU-Kommission vergangene Woche vorgeschlagen, die Zulassungen für die Pestizide Flufenacet und Flutolanil nicht zu verlängern, mit der Begründung, dass beide als Abbaustoff TFA bilden. Ob dieser Vorschlag angenommen werden wird, entscheiden jedoch letzten Endes die Mitgliedsstaaten.

SHORT NEWS

Un nouveau service pour les hommes violentés

(ts) – InfoMann, le service de l’ASBL ActTogether dédié aux hommes et aux garçons, vient d’ouvrir son nouveau Service d’assistance aux hommes victimes de violence domestique (SAVVD). Tout comme le SAVVD de Femmes en détresse, le SAVVD d’InfoMann a pour objectif d’assister les hommes victimes de violence domestique dans leurs démarches administratives et juridiques, de leur offrir des consultations psychosociales et d’élaborer un plan de protection personnel pour les victimes et leurs enfants, avec possiblement une solution d’hébergement temporaire. « Maintenant, nous sommes plus proactifs : le parquet et la police nous informent des cas de violence domestique, et nous contactons désormais directement les hommes concernés. Nous allons également sensibiliser les intervenants à la violence que peuvent subir les hommes », explique au woxx Walid Megharbi, responsable d’InfoMann. « La création de ce service marque la reconnaissance du fait que les hommes peuvent aussi être victimes de violence domestique et avoir besoin d’une prise en charge », s’est félicité le ministère de l’Égalité des genres et de la Diversité, qui agréé et conventionne InfoMann. En 2023, 4.838 victimes de violence domestique ont été signalées au Luxembourg, dont 862 hommes majeurs, soit près de 18 % des victimes. « Dans la majorité des cas des hommes passés par InfoMann, les hommes victimes étaient violentés dans le cadre de leur couple hétérosexuel », indique Walid Megharbi.

„Orange Week Petition“ erreicht Quorum

(mc) – Im Rahmen der Aktionstage gegen Gewalt an Frauen vom 25. November bis 10. Dezember, bekannt als Orange Week, hat der Opferhilfeverein „La voix des survivant(e)s“ (LSVD) eine öffentliche Petition eingereicht. Die Präsidentin des Vereins, Ana Pinto, verfolgt damit das Ziel, den „effektiven Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt und deren Auswirkungen auf mitbetroffene Kinder“ weiterzuführen. Mitte Oktober präsentierte der Verein einen Gesetzesentwurf mit 52 Maßnahmen, um geschlechtsspezifische Gewalt zu verhindern, die Straflosigkeit der Täter*innen zu beenden und die Unterstützung von Opfern zu verbessern (woxx 1808). Mit der Petition Nummer 3409 hofft LSVD, seine Initiative „zu einer großen nationalen und überparteilichen Angelegenheit zu machen.“ Der erste Schritt gelang bereits am Dienstag, als die nötigen 4.500 Unterschriften erreicht wurden. Die Petition, und damit auch die Ideen im Gesetzesvorschlag von LSVD, werden nun 2025 in der Chamber öffentlich diskutiert werden. Erst am 5. Dezember wurde LSVD mit dem Anne-Beffort-Preis 2024 der Stadt Luxemburg ausgezeichnet. Der jährlich verliehene Preis würdigt Organisationen oder Einzelpersonen, die sich durch besonderes Engagement für Chancengleichheit, Frauenrechte und gesellschaftlichen Fortschritt auszeichnen. Mit dem Erreichen des Quorums ist es für Ana Pinto und LSVD jedoch nicht getan. Der Verein plant, den Gesetzesentwurf als „Proposition motivée aux fins de légiférer“ direkt in die Chamber einzureichen. Dazu sind 12.500 Unterschriften von wahlberechtigten Bürger*innen erforderlich.

Pensions : d’un sondage à l’autre...

(fg) – Les jours se suivent, les sondages aussi. Mais les résultats d’une enquête à l’autre ne sont pas forcément identiques. Il en va ainsi de l’opinion des résident-es sur les pensions. À croire le Politmonitor publié le 11 décembre par le Wort et RTL, 44 % des personnes résidentes interrogées sont inquiètes pour l’avenir du régime général des pensions, et 70 % des sondé-es estiment même qu’une réforme est nécessaire. Changement total d’échelle dans l’Eurobaromètre dévoilé la veille par la Commission européenne : interrogés sur « les problèmes les plus importants auxquels est confronté » le Luxembourg, seuls 9 % des résident-es répondent les pensions. Certes, le contenu des questions et la méthodologie diffèrent entre ces deux enquêtes d’opinion. Ainsi, le sondage national demandait aux répondant-es de s’exprimer sur 18 motifs possibles d’inquiétude. Dans le sondage européen, en revanche, les personnes interrogées devaient limiter leur réponse à deux sujets qu’elles jugent importants. Dans ce dernier cas, cela montre néanmoins que la question des pensions ne vient pas spontanément à l’esprit des sondé-es lorsqu’on les interroge sur leurs préoccupations immédiates. Par contre, les deux enquêtes montrent, sans grande surprise, que le logement reste toujours en tête des inquiétudes des résident-es : 66 % dans le Politmonitor et 51 % dans l’Eurobaromètre. Cela fait 15 points de différence entre les deux sondages, mais l’écart est quand même moins significatif que sur la question des pensions. Cela laisse songeur.